



Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.06.2021

AN/1468/2021

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.06.2021

Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung des Rates am 24.06.2021 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Statt die Corona-Regeln weiter zu verschärfen und angesichts der Nichtverlängerung der epidemischen Lage in NRW soll die Stadtverwaltung Maßnahmen auf ihre Sinnhaftigkeit, Durchsetzbarkeit und Zielführung überprüfen und Maßnahmen in die Wege leiten, die kulturelle sowie jugendgerechte Veranstaltungen in einem organisierten Rahmen ermöglichen. Dazu muss die Stadtverwaltung schnell und praxisnah Konzepte von professionellen Veranstalter*innen und Kölner Gastronom*innen genehmigen und städtische Flächen für Veranstaltungen bereitstellen.
2. Die Stadtverwaltung soll gemeinsam mit der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche vorhandene Konzepte, unter welchen Bedingungen Öffnungen von Clubs, Diskotheken, Bars und Livespielstätten sowie Konzerte ermöglicht werden können, schnellstmöglich in die Tat umsetzen und unbürokratische Unterstützung leisten.
3. Die Stadtverwaltung soll das am 25.08.2020 mit breiter Mehrheit beschlossene Pilotprojekt zur Einrichtung jugendgerechter Freiräume für ein angemessenes und risikoarmes Zusammentreffen junger Menschen und zur Freizeitgestaltung in Zeiten von Corona endlich umsetzen.

Begründung:

Am vergangenen Wochenende haben sich in Köln die Konflikte zwischen Feiernden und Ordnungskräften zugespitzt. Am Aachener Weiher griffen Randalierer*innen Beamt*innen und Ordnungsdienstmitarbeiter*innen an, die die geltenden Verordnungen durchsetzen wollten. Ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes musste ins Krankenhaus gebracht werden, nachdem er von einer Flasche getroffen worden war. Auch zwei Polizist*innen wurden von Randalisierenden verletzt. Eine Hundertschaft der Polizei musste mit Helmen und Schutzschilden die Party stoppen. Es wurden mehrere Anzeigen gestellt. Um des Problems Herr zu werden, wurde die Zahl der eingesetzten Beamt*innen verdoppelt und in der Folgenacht am Aachener Weiher eine Reiterstaffel eingesetzt. Ein Alkoholkonsumverbot wurde erlassen. In anderen Städten in Deutschland zeigten sich ähnliche Probleme. Befürchtungen, dass es an den kommenden Sommertagen zu ähnlichen Szenen kommen kann, sind nicht unbegründet.

In Folge der Ausschreitungen am Wochenende verlängerte die Verwaltung am Montag, dem 14.06.2021, das bestehende Alkoholkonsumverbot für die Bereiche Stadtgarten, Brüsseler Platz, Schaafenstraße und Zülpicher Viertel und weitete sie auch auf den Bereich Aachener Weiher aus. Auch die Verweilverbote in den Bereichen Brüsseler Platz und Dammkrone der Alfred-Schütte-Allee sind verlängert worden. Umfassende Alkoholverkaufsverbote sind noch hinzugekommen.

Gewalt gegen Ordnungsamtsmitarbeiter*innen und Polizist*innen verurteilen wir auf das Schärfste. Hier muss jetzt durchgegriffen und die Täter*innen müssen schnell bestraft werden. Die Frage ist jedoch, ob die restriktiven Maßnahmen angesichts deutlich gesunkener Inzidenzwerte und einer mittlerweile guten Impfquote noch verhältnismäßig und zeitgemäß sind. Die Stadtverwaltung kann und muss dafür sorgen, dass sich die angespannte Lage auch im Interesse ihrer Ordnungskräfte und ihrer Reputation ändert. Zudem wurde in der vergangenen Woche bundespolitisch zurecht infrage gestellt, ob die rigide Aufrechterhaltung des Maßnahmenkatalogs angesichts der Lage der öffentlichen Gesundheit noch verfassungsgemäß verhältnismäßig ist.

Wir sind der Überzeugung, dass sich die Probleme rund um Kontrollen durch Ordnungsamtsmitarbeitende und Polizei lösen lassen, indem die Feierlaune der Kölner*innen wieder in organisierte Bahnen gelenkt wird. In der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche warten derzeit viele Profis darauf, endlich wieder loslegen zu dürfen. Teil eines neuen Anlaufens der Kölner Nachtkultur wäre die Überwachung und Einhaltung von Hygiene- und Sicherheitsstandards durch eben diese Profis in ihren Lokalen. Das würde zu einer Entschärfung der gegenwärtigen Konflikte in der Stadt beitragen, denn nicht nur in Köln wird die Durchsetzung der Coronamaßnahmen durch Polizei und Ordnungsamt leider von einem problematischen Teil der Feiernden auch als Provokation empfunden.

Die Stadt muss nun zusammen mit den professionellen und verantwortungsbewussten Veranstaltern zügig entsprechende Konzepte vorlegen. Nach bald 1,5 Jahren sehnen sich die Menschen nach einem Sommer, in dem Feiern und Ausgehen wieder wie selbstverständlich dazugehören, und auch die darbenende Gastro-Branche beobachtet mit Unverständnis die Aufrechterhaltung von Maßnahmen, die nicht mehr zum aktuellen Pandemiegeschehen im Land passen und ihre wirtschaftliche Grundlage zerstören. Eine umsichtige Öffnung in der Feier- und Ausgehbranche mit entsprechenden Hygienekonzepten und zugrundeliegender Teststrategie steht darüber hinaus einer möglichen Beendigung dieser Versuche bei steigenden Inzidenzen nicht im Wege. Hierzu müssen die Folgen einer solchen Öffnung genauestens beobachtet werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Um weitere Angriffe auf Mitarbeitende von Polizei und Ordnungsamt und Verletzungen von Unbeteiligten an den kommenden Wochenende und Sommertagen zu verhindern und angesichts der Ankündigung der Landesregierung vom 15.06.2021 die epidemischen Lage nicht zu verlängern, muss die Stadt sofort Gegenmaßnahmen in die Wege leiten. Das Scheitern der „Summer-Stage“ aufgrund zu hoher bürokratischer Hürden zeigt die derzeitige Konzeptlosigkeit der Stadtverwaltung. Die Verwaltung sollte angesichts der seit Wochen niedrigen Inzidenzzahlen in Köln und der Tatsache, dass immer mehr Menschen geimpft sind, Kultur nicht mehr verhindern, sondern ermöglichen. Der Rat muss dringend beraten, wie die Stadt ihren Slogan „Kultur lebt in Köln“ ernst nehmen möchte und proaktive und bürokratiearme Lösungen für die Erschließung neuer Open-Air-Spielflächen entwickeln kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer